



Absender

Landesförderinstitut
Mecklenburg-Vorpommern
Postfach 16 02 55
19092 Schwerin

Eingangsstempel											
Aktenzeichen	<table border="1"> <tr> <td>KSK</td> <td>-</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table>	KSK	-								
KSK	-										
Nur von der Bewilligungsbehörde auszufüllen!											

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für Vorhaben des Klimaschutzes in Mecklenburg-Vorpommern zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten in nicht wirtschaftlich tätigen Organisationen gem. der Klimaschutzförderrichtlinie Kommunen (KliSFöRLKom M-V) in Verbindung mit Mitteln aus dem „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE)

Antrag bitte vollständig ausfüllen! Bei bitte Zutreffendes ankreuzen!

Hinweis: Der Antrag auf Förderung ist beim Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern (LFI M-V) einzureichen. Der Antrag muss alle zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung erforderlichen Angaben enthalten. Zusätzliche Unterlagen sind auf Anforderung der Bewilligungsbehörde vorzulegen. Diese entscheidet über Förderfähigkeit, Art, Umfang und Höhe der Zuwendung aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Der Antrag kann erst abschließend bearbeitet werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen. **Mit dem Vorhaben darf ab dem Datum der schriftlichen Antrags-eingangsbestätigung begonnen werden.** Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

1. Antragsteller

1.1 Name des Antragstellers

1.2 Straße

1.3 Nr.

1.4 Postleitzahl

1.5 Ort

1.6 Ansprechpartner mit Vertretungsberechtigung gem. Nummer 4

1.7 E-Mail

1.8 Telefon

1.9 Mobiltelefon

1.10 Rechtsform (Kommune, Verein, Kirche etc.)

1.11 Ist der Antragsteller eine Körperschaft öffentlichen Rechts, die steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung verfolgt?

Ja

Nein (in diesem Fall gilt die Mitteilungsverordnung, vgl. Nummer 6.7)

1.12 Registernummer (Handelsregister, Vereinsregister, Genossenschaftsregister etc.)¹⁾

1.13 Steuernummer¹⁾

1.14 Steuer-ID (bei natürlichen Personen)¹⁾

1.15 Ist der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt?

Ja

Nein, ein Nachweis¹⁾ liegt diesem Antrag bei.

1.16 Der Antragsteller ist vergabepflichtig.

Ja

Nein

1.17 Eine Ertragsvorschau des Antragstellers für die nächsten 5 Jahre, testiert vom Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, liegt dem Antrag als Anlage bei.¹⁾

Ja

Nein

1.18 Wirtschaftszweig¹⁾

1.19 Klassifikation des Wirtschaftszweigs (5-stellig gemäß WZ 2008)¹⁾

1.20 Gründungsdatum (Datum erster Eintrag ins Handels- bzw. Vereinsregister, bei nicht eintragungspflichtigen Unternehmen - Datum der Gewerbebeanmeldung, Stiftungen - Datum Anerkennung Stiftungsaufsicht)¹⁾

1.21 Geschäftsgegenstand des Antragstellers/Tätigkeitsfeld (Bezeichnung u. kurze Beschreibung/Erläuterung)¹⁾

1.22 Der Antragsteller ist¹⁾

ein Kleinunternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern **und** einem Jahresumsatz **oder** einer Jahresbilanzsumme von höchstens 2 Mio. EUR²⁾

ein kleines Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern **und** einem Jahresumsatz **oder** einer Jahresbilanzsumme von höchstens 10 Mio. EUR²⁾

ein mittleres Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern **und** einem Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR **oder** einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. EUR²⁾

kein KMU

¹⁾ Nicht von kommunalen Antragstellern auszufüllen bzw. einzureichen

²⁾ Bei KMU ist dem Antrag eine Erklärung zu bestehenden Unternehmensbeteiligungen beizufügen. Ein Formular hierzu steht auf der Website des LFI M-V im Downloadbereich zum Förderprogramm zur Verfügung.

2. Angaben zum Vorhaben

2.1 Bezeichnung des zur Förderung beantragten Vorhabens

2.2 Standorteigentümer
Der Antragsteller ist Eigentümer des Vorhabenstandortes

Ja

Nein

Name des Eigentümers _____

2.3 Standort des Vorhabens

2.3.1 Straße

2.3.2 Nr.

2.3.3 Postleitzahl

2.3.4 Ort

2.4 Standort des Vorhabens liegt im Ländlichen GestaltungsRaum
(Nach Festlegung des Fonds zur Unterstützung der Ländlichen Gestaltungs-
Räume, siehe Website des LFI M-V im Downloadbereich zum Förderprogramm)

Ja

Nein

2.5 Zeitliche Durchführung (ohne Projektierungs- und Planungsleistung)

Geplanter Beginn des Vorhabens (TT.MM.JJJJ) _____

Geplantes Ende des Vorhabens (TT.MM.JJJJ) _____

2.6 Vorhabenbeschreibung (bitte dem Antrag gesondert beifügen)

Die Vorhabenbeschreibung muss Angaben zu folgenden Aspekten enthalten:

- Darstellung der Ausgangssituation
- Darstellung der gemanagten Systemkomponenten in Energiesystemen/Energienetzen
- Darstellung der Anzahl der Benutzer, die mit intelligenten Energiesystemen verbunden sind
- Abgeleitetes Ziel des geplanten Vorhabens
- Lageplan, aus der das beantragte Vorhaben ersichtlich wird (für die Förderung energieeffizienter Beleuchtung wird die Anlage „Umrüstung energieeffizienter Außen- und Innenbeleuchtung“ benötigt)
- Ggf. Einordnung des zur Förderung beantragten Vorhabens in ein übergeordnetes Gesamtvorhaben
- Abwägung von Realisierungsalternativen
- Auswahl und Beschreibung der technischen bzw. technologischen Lösung **mit Begründung**
- Beschreibung der geplanten Umsetzung des Vorhabens, ggf. mit grafischen Erläuterungen und unter Angabe von Vorhabenabschnitten (Meilensteine)
- Darstellung inkl. nachvollziehbarer Berechnung der angestrebten Emissionsminderungen (Tonnen CO² pro Jahr) und/oder Energiespareffekte sowie angestrebter, jährlicher Wärme- und Elektroenergieeinsparung
- Vereinfachte und nachvollziehbare Amortisationsberechnung (zuwendungsfähige Ausgaben in EUR/jährliche Einsparung in EUR/a)
- Begründung für die Beantragung von Boni

2.7 Genehmigungssituation des beantragten Vorhabens
 Besteht für das zur Förderung beantragte Vorhaben oder für das übergeordnete Gesamtvorhaben eine Genehmigungspflicht? Ja Nein
 Ergänzend zur Vorhabenbeschreibung gem. Nummer 2.6 des Antrags sind eine Kurzdarstellung der Genehmigungssituation sowie behördliche Genehmigungen in Kopie beizufügen.

3. Ausgaben- und Finanzierungsplan

3.1 Zur Förderung beantragte Ausgaben/Investitionen
 Die in der folgenden Ausgabenübersicht geforderten Angaben sind **nur** auf das zur Förderung beantragte Vorhaben zu beziehen. Die **einzelnen Ausgabenansätze** sind in einer **gesonderten Anlage „Ausgabenansätze zum Antrag (Kommunen)“ differenziert zu untersetzen.**
 Höhe der Gesamtausgaben _____ EUR
 Davon zuwendungsfähige Gesamtausgaben _____ EUR

3.2 Finanzierung der **zur Förderung beantragten Ausgaben**
 Ergänzend zur Vorhabenbeschreibung gem. Nummer 2.6 des Antrags sind die Bemühungen zur Ausschöpfung anderer Fördermöglichkeiten darzulegen. Das Ergebnis der Bemühungen ist zu benennen. An andere Einrichtungen gestellte oder geplante Anträge sind aufzulisten. **Bereits vorliegende Zuwendungsbescheide sind in Kopie als Anlage zum Antrag beizufügen. Die Verfügbarkeit der einzelnen Finanzierungsbestandteile ist durch entsprechende Nachweise zu belegen.**

3.3 Finanzierungsbestandteile

Finanzierungsbestandteile ³⁾ des zur Förderung beantragten Vorhabens	in EUR ⁴⁾
Eigenmittel (kommunal)	
Eigenmittel (privat)	
Bankdarlehen	
KfW-Darlehen	
Gesellschafterdarlehen	
Mietkauf	
Kofinanzierungshilfe des Landes	
Sonderbedarfzuweisung	
Zuwendungen anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts	
Zuwendungen anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts (Bundesmittel)	
BAFA-Zuschuss	
KfW-Zuschuss	
Beantragte EFRE-Zuwendung	
Gesamtfinanzierung (= Investitionssumme des zur Förderung beantragten Vorhabens; muss mit der Höhe der Gesamtausgaben gem. Nummer 3.1 im Antrag übereinstimmen)	

³⁾ Alle Finanzierungsbestandteile sind im Rahmen der Antragstellung nachzuweisen (bei nicht kommunalen Antragstellern z. B. durch Bankerklärung; Nachweis über das Vorhandensein der Eigenmittel, testiert vom Steuerberater; Kreditvertrag).
⁴⁾ Nicht gerundet

4. Vertretungsberechtigung

Die in nachfolgender Übersicht aufgeführten Personen sind berechtigt, den Antragsteller für das zur Förderung beantragte Vorhaben hinsichtlich des Antrags-, Bewilligungs-, Zahlungs- und Abrechnungsverfahrens rechtsverbindlich, d. h. mit erforderlicher Vertretungsmacht zu vertreten.

Rechtsverbindliche Vertretung des Antragstellers

Name, Vorname	Ggf. nur gemeinsam mit	Unterschriftsprobe

Bei Veränderung jeder Vertretungsberechtigung ist der Bewilligungsbehörde unaufgefordert eine entsprechende Aktualisierung vorzulegen. Ein Formular hierzu steht auf der Website des LFI M-V im Downloadbereich zum Förderprogramm zur Verfügung.

5. Anlagen zum Antrag

Dem Antrag sind folgende, aktuelle Unterlagen (soweit zutreffend) beizufügen:

- Aussagefähige Vorhabenbeschreibung (siehe Nummer 2.6)
- Anlage „Umrüstung energieeffizienter Außen- und Innenbeleuchtung“
- Nachweis des Eigentums- bzw. Nutzungsrechts des Vorhabenstandortes für den Zweckbindungszeitraum (bei kommunalen Antragstellern ist nur die Erklärung zu den Eigentums- bzw. Nutzungsverhältnissen einzureichen)
- Behördliche Genehmigungen
- Datenblatt Klimaschutzindikatoren
- Anlage „Ausgabenansätze zum Antrag (Kommunen)“
- Kostenvoranschlag, Angebot (bei Festbetragsfinanzierung mindestens 3 Angebote oder Ergebnis Vergleich marktüblicher Preise), Kostenschätzung o. ä.
- Finanzierungsnachweise und Darstellung des Bemühens zur Ausschöpfung anderer Fördermöglichkeiten
- Datenauswertung aus RUBIKON (aktuell); sofern die dauernde Leistungsfähigkeit gefährdet oder weggefallen ist, wird die Erklärung nach Nr. 1.1.2 VV-K und die Bestätigung der zuständigen Rechtsaufsichtsbehörde benötigt
- Belege (Anträge, Zuwendungsbescheide) über die Förderung durch andere öffentliche Stellen
- Administrator-Anmeldung/Änderung für das eCohesion-Portal (sofern noch nicht vorhanden)
- Nachweis der Rechtsform (z. B. Registerauszug, nicht älter als ein halbes Jahr)⁵⁾
- Gesellschaftervertrag, aktuelle Gesellschafterliste⁵⁾
- Erhebungsbogen zum wirtschaftlich Berechtigten EFRE⁵⁾
- Erklärung (ggf. auch erweiterte Erklärung) zu bestehenden Unternehmensbeteiligungen⁵⁾
- Aufstellung der Einzelgesellschafter bei einer GbR oder OHG⁵⁾
- Erklärung des Antragstellers bezüglich Unternehmen in Schwierigkeiten⁵⁾
- Bescheinigung vom Steuerberater über das Vorliegen einer Betriebsaufspaltung⁵⁾

Ertragsvorschau des Antragstellers (5 Jahre) vom Wirtschaftsprüfer/Steuerberater testiert⁵⁾

⁵⁾ Nicht von kommunalen Antragstellern einzureichen

Über den Antrag kann erst abschließend entschieden werden, wenn alle geforderten Unterlagen vorliegen. Die Einholung weiterer Auskünfte und Unterlagen zum Zwecke der Entscheidung über den Förderantrag bleibt der Bewilligungsbehörde vorbehalten.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern und die mit der Durchführung beauftragten Behörden haben gegenüber der Europäischen Kommission sicherzustellen, dass Infrastrukturvorhaben mit EFRE-Mitteln, die eine Zweckbindungsdauer von mindestens 5 Jahren haben, klimaverträglich sind.

Zur Sicherstellung dieser Anforderung ist durch den Antragsteller das Ergebnis einer Klimaverträglichkeitsprüfung zum geplanten Vorhaben vorzulegen.

Aktuell wird der entsprechende Prüfungsprozess bei den verantwortlichen Ministerien erarbeitet. Über das Ergebnis und die daraus resultierenden Anforderungen für die Gewährung eines EFRE-Zuschusses werden wir Sie umgehend informieren.

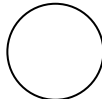
6. Hinweise/Erklärungen

- 6.1 Der Antragsteller erklärt, mit dem Vorhaben nicht vor dem Datum der schriftlichen Antragseingangsbestätigung zu beginnen. Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Zeitpunkt des Abschlusses eines der Vorhabenausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrags gilt, beim Vergabeverfahren ist es der Zeitpunkt der Zuschlagserteilung. Bei Baumaßnahmen gelten Planung, planungsbezogene Bodenuntersuchungen, Grunderwerb, Herichten des Grundstücks, vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) nicht als Beginn des Vorhabens, es sei denn, sie sind alleiniger Zweck des Vorhabens.
- 6.2 Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass vorsätzlich oder leichtfertig gemachte falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in diesen Angaben die Strafverfolgung wegen Betrugs (§ 263 StGB) oder Subventionsbetrugs (§ 264 StGB) zur Folge haben können. Folgende im Antrag anzugebende Tatsachen sind subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB:
- Angaben zum Antragsteller und zum Zuwendungsempfänger
 - Angaben zum Vorhaben (einschließlich Angaben zum Beginn des Vorhabens)
 - Angaben zu den Ausgaben und der Finanzierung (einschließlich Angaben zu anderen öffentlichen Finanzierungshilfen und zu Zuwendungen Dritter)
 - Angaben, die zur Beurteilung der Notwendigkeit und Angemessenheit der Zuwendung von Bedeutung sind
 - Angaben, die Gegenstand der dem Antrag beizufügenden Unterlagen sind
 - Angaben zur Verwendung der Zuwendung
- Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 1 SubvG M-V i. V. m. § 4 SubvG).
- 6.3 Der Antragsteller erklärt, dass die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist. Im Falle der kommunalen Antragstellung ist sie mit der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommune vereinbar. Dieses wird durch Vorlage der Datenauswertung aus RUBIKON nachgewiesen.
- 6.4 Der Antragsteller erklärt, dass mit dem beantragten Vorhaben keine Ausübung einer wirtschaftlichen Tätigkeit vorliegt.
- 6.5 Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit geplant und durchgeführt wird. Er erklärt, dass er alle gesetzlichen und im Zusammenhang mit der Gewährung der Zuwendung zu treffenden Festlegungen zur Vergabe von Leistungen beachten und einhalten wird.
- 6.6 Der Antragsteller erklärt, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung über sein Vermögen kein Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet worden ist oder ein solches unmittelbar bevorsteht.

- 6.7 Der Antragsteller hat zur Kenntnis genommen, dass das Landesförderinstitut M-V als mitteilungs-
pflichtige Stelle bei Bestehen der Mitteilungspflicht nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 8 Abs. 2 der Mitteilungs-
verordnung den Finanzbehörden Daten über die Zuwendung und den Zuwendungsempfänger (Name,
Vorname, Firma, Anschrift, Steuernummer, Geburtsdatum, Grund, Höhe und Tag der Zahlung) mitteilt.
- 6.8 Der Antragsteller bestätigt die Kenntnisnahme der Verpflichtung zur Achtung der Charta der Grund-
rechte und der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), wie sie im Europaportal zusammengefasst
werden. Der Link zur Grundrechtecharta steht auf der Website des LFI M-V im Downloadbereich zum
Förderprogramm zur Verfügung.
- 6.9 Der Antragsteller versichert, dass er alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen und wahrheits-
getreu vorgenommen hat. Über jede wesentliche Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der
vorgenannten Angaben während des Antragsverfahrens wird der Antragsteller unaufgefordert
berichten.
- 6.10 Hinweise zum Datenschutz
Die auf der Website des LFI M-V zur Verfügung gestellten Datenschutzhinweise nach Art. 13, 14 und
21 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zum Umgang mit seinen personenbezogenen Daten
und zu seinen Rechten hat der Antragsteller zur Kenntnis genommen.
- 6.11 Der Antragsteller hat darüber hinaus zur Kenntnis genommen, dass gem. Verordnung (EU) 2021/1060
neben den im Antrag abgefragten Daten zu seinen wirtschaftlich Berechtigten bei Aufträgen, die in den
Anwendungsbereich des EU-Vergaberechts fallen (oberschwellige Vergaben) auch Daten zu den
wirtschaftlich Berechtigten jedes Auftragnehmers (Vorname, Name, Geburtsdaten, Steuernummer oder
Steuer-ID, Datum des Vertrages, Bezugsnummer, Vertragswert) und bei Unteraufträgen ab einem
Vertragswert von 50.000,00 EUR netto Daten zu den Unterauftragnehmern (Name, Steuernummer,
Datum des Vertrages, Bezugsnummer, Vertragswert) erhoben werden.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift/en



Stempel
Antragsteller